

# OP Fundselect Global

(ab 1. Mai 2006 OP Select Global)

Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2004

Fondsverwaltung:

Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH

Fondsvertrieb:

Oppenheim Pramerica Fonds Trust GmbH

*Sal. Oppenheim*

OPPENHEIM KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT MBH

Oppenheim  Pramerica



## RECHENSCHAFTSBERICHT

zum 31. Dezember 2004

3	<b>OP Fundselect Global</b>	1
	<b>(ab 1. Mai 2006 OP Select Global)</b>	
	(Investmentfondsanteil-Sondervermögen)	
	___ Fondsreport	
	___ Auf einen Blick	
	___ Vermögensaufstellung	
	___ Devisenkurse	
9	<b>Besonderer Vermerk des Abschlussprüfers</b>	
10	Besteuerungsgrundlagen gemäß § 5 InvStG	
11	<b>Bescheinigung für die Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InvStG</b>	
12	<b>Änderung der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen zum 1. Juli 2005</b>	
13	<b>Allgemeine Vertragsbedingungen</b>	
	___ richtlinienkonforme Investmentfondsanteil- Sondervermögen	
18	<b>Besondere Vertragsbedingungen</b>	
21	<b>Änderung der Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen zum 1. Mai 2006</b>	
22	<b>Allgemeine Vertragsbedingungen</b>	
	___ richtlinienkonforme Sondervermögen	
28	<b>Besondere Vertragsbedingungen</b>	
32	<b>Firmenspiegel</b>	



## OP Fundselect Global

### Fondsreport

#### Kapitalmarktumfeld

2004 war ein außerordentlich gutes Jahr für die Weltwirtschaft. Nach Überwindung der rezessiven Phase war mit einem Wachstum von annähernd 5 % die stärkste Dynamik seit Ende der 80er Jahre zu verzeichnen. Dabei handelte es sich um eine gleichgerichtete Konjunkturerholung in Nordamerika, Asien und Europa. Beherrschende Kapitalmarktthemen aber waren im abgelaufenen Fondsgeschäftsjahr (01.01. bis 31.12.2004) andere – der hohe Ölpreis und die Dollarschwäche.

Beim Öl konnte von einer Verknappung keine Rede sein. Doch die lebhafte Nachfrage und der Aufbau von Lagerbeständen in Asien und Amerika machten den Markt anfällig gegen mögliche Produktionsausfälle. Vor diesem Hintergrund gab die unsichere Lage im Nahen Osten ebenso Anlaß zu Spekulationen wie der Kampf um den russischen Yukos-Konzern. Sie trieben den Preis von anfänglich 30 Dollar auf 40 Dollar, wobei auf dem Höhepunkt im Frühherbst mehr als 50 Dollar pro Barrel verlangt wurden. In der Wahrnehmung des Eurolandes wurde der Anstieg der Ölrechnung erträglicher gemacht durch die Abwertungstendenz beim US-Dollar. Die amerikanische Valuta erlebte den schärfsten Einbruch seit Jahren; kostete ein Euro am Neujahrstag kaum mehr als 1,26 USD, so wurden am Berichtsstichtag über 1,35 USD gezahlt.

Den Hintergrund bildeten beträchtliche globale Ungleichgewichte. Dieser Zustand zeigt sich besonders an dem rekordverdächtigen Leistungsbilanzdefizit in den USA. Allerdings richteten sich die Kapitalmärkte auf einen allmählichen Anpassungsprozeß ohne jähe Verwerfungen ein. Dabei herrschte die Einschätzung vor, daß eine Annäherung und Normalisierung der internationalen Wachstumsdynamik bei gleichzeitig weiter abwertendem Dollar für die Aktienmärkte insgesamt nicht notwendigerweise negativ zu bewerten wäre.

Die Erholung der Unternehmensgewinne setzte sich im Berichtsjahr mit beachtlichen Steigerungsraten fort. Viele Firmen beteiligten ihre Aktionäre durch Ausschüttung bzw. Erhöhung von Dividenden an diesem Erfolg. Im Zuge von Sparmaßnahmen waren zuvor Finanzpolster entstanden, denen vielfach keine vergleichbaren Investitionsvorhaben gegenüberstanden. Trotz der großzügigen Ausschüttungspolitik, die manchen Standardwert unter Renditeaspekten in die Nähe oder sogar über das Niveau von Staatsanleihen brachte, tendierten die Weltbörsen nur unter-

proportional und unter Schwankungen aufwärts. Damit wurde das Bewertungsniveau der Aktien für Neuanlagen interessanter, und die Rückschlagsgefahr verminderte sich aus fundamentaler Sicht.

#### Anlagepolitik

OP Fundselect Global wurde am 2. Juli 1999 aufgelegt. Als Dachfonds erschließt er über Anteile internationaler Aktienfonds eine Beteiligung an erstklassigen Unternehmen in aller Welt. Die ausgewählten Fonds renommierter Anbieter zeichnen sich durch eine klare, erfolgreiche und konsistente Anlagepolitik aus.

#### Anlagestrategie und -ergebnis

Der MSCI-Weltaktienindex stieg – in Dollar gerechnet – binnen Jahresfrist um 12,8 %. Nach Umrechnung in Euro blieben von diesem erfreulichen Plus nur 4,7 % übrig. OP Fundselect Global übertraf diese Vorgabe deutlich und erwirtschaftete binnen Jahresfrist einen Wertzuwachs\*\* von 6,6 %.

\*\* berechnet gemäß Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI)



**Auf einen Blick**

	31.12.2003	31.12.2004
	EUR	EUR
Fondsvermögen (Mio.)	12,7	11,2
Anteile im Umlauf (Stück)	313.924	258.576
Ausgabepreis (pro Anteil)	42,60	45,42
Rücknahmepreis (pro Anteil)	40,57	43,26

**Die größten Einzelwerte**

Wertpapier-Sondervermögen	%
Balzac Umbrella Index-USA	18,4
OP S&P 500-Werte	15,2
State Street Actions Europe SICAV	10,9
Putnam WT II-US Smal Cap Value Equities	7,7
Balzac Umbrella Index-Japan	7,3
CS Indexmatch	5,9
Morgan Stanley-Europ. Sall Cap Value	5,1
Westam Comp. Anteile	4,7

**Ausschüttung**

Keine Ausschüttung für 2004

**Übergangsvorschrift**

In Anwendung der Übergangsvorschrift des § 145 Abs. 1 InvG wird bis zur beabsichtigten Änderung der Vertragsbedingungen anstelle eines Jahresberichts nach neuem Recht (§ 44 Abs. 1 InvG) weiterhin ein Rechenschaftsbericht nach § 24a KAGG aufgestellt.



**Vermögensaufstellung**

Gattungsbezeichnung	Bestand	Zugänge	Abgänge	Kurs	Kurswert	% -Anteil
	Stück bzw. Anteile	im Berichtszeitraum			in EUR	am Fonds-
		Währung in 1.000				vermögen

**■ Wertpapier-Investmentanteile**

<b>KAG-eigene Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			EUR		
OP EURO STOXX 50-WERTE	3.050	21.760	26.110	50,4100	153.750,50	1,37
OP S&P 500-WERTE	47.710	21.710	35.330	35,6800	1.702.292,80	15,22
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			GBP		
UK BASKET FTSE 100 (ADIG GL) REG.SHS CLASS I	5.950	220	1.580	62,0200	520.882,94	4,66
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			EUR		
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV-EURO INDEX	2.620	230	0	180,0400	471.704,80	4,22
DWS SKANDINAVIEN	550	0	60	154,1900	84.804,50	0,76
M&G INVESTMENT (1) -M&G JAPAN SMALLER COMPANIES EURO-CLASS C	24.450	3.090	15.390	12,3800	302.691,00	2,71
MORGAN STANLEY SICAV-EUROPEAN SMALL CAP VALUE FD I	17.660	650	7.290	32,0500	566.003,00	5,06
STATE STREET ACTIONS EUROPE SICAV	2.960	2.210	330	412,8200	1.221.947,20	10,92
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			JPY		
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV-BALZAC JAPAN INDEX	13.780	840	2.570	8.425,0000	821.455,07	7,34
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			CAD		
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV-BALZAC CANADA INDEX	2.320	0	480	174,4000	245.223,81	2,19
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			CHF		
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV - SWITZERLAND INDEX	1.410	1.410	0	155,2600	141.649,40	1,27
<b>Gruppenfremde Wertpapier-Investmentanteile</b>	STK			USD		
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV-USA INDEX	17.040	0	1.600	164,2000	2.053.855,98	18,36
CS INDEXMATCH (LUX) ON S&P 500 ANT. I	960	0	560	941,2800	663.311,16	5,93
PICTET FUNDS - PACIFIC (EX JAPAN) INDEX I	4.170	4.170	0	160,7100	491.933,27	4,40
PUTNAM WORLD TRUST II-US SMALL CAP VALUE EQUITY I REG.SHS	82.530	9.750	8.640	14,1600	857.832,20	7,67
T. ROWE PRICE FUNDS SICAV - U.S. SMALLER COMPANIES EQUITY A	27.220	27.220	0	13,4900	269.542,54	2,41
WESTAM COMP. FUND SICAV - GLOBAL EMERGING MARKETS FD A	30.720	2.790	6.810	23,5100	530.152,83	4,74
<b>Summe der Wertpapier-Investmentanteile</b>					<b>11.099.033,00</b>	<b>99,23</b>
<b>Summe Wertpapiervermögen</b>					<b>11.099.033,00</b>	<b>99,23</b>

5



**Vermögensaufstellung**

Gattungsbezeichnung	Bestand	Zugänge	Abgänge	Kurs	Kurswert	% -Anteil
		im Berichtszeitraum			in EUR	am Fonds-
	Stück bzw. Anteile	bzw. Währung in 1.000				vermögen

**■ Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds****Bankguthaben**

EUR-Guthaben					86.233,68	0,77
Guthaben in sonstigen EU-Währungen					7.940,29	0,07

**Guthaben in Nicht-EU/EWR-Währungen**

CAD					735,37	0,01
CHF					619,48	0,01
JPY					3.311,79	0,03
USD					3.509,72	0,03

<b>Summe der Bankguthaben, Geldmarktpapiere und Geldmarktfonds</b>					<b>102.350,33</b>	<b>0,92</b>
--	--	--	--	--	-------------------	-------------

**■ Sonstige Vermögensgegenstände**

	EUR					
Zinsansprüche	-112,33					
<b>Summe der sonstigen Vermögensgegenstände</b>					<b>-112,33</b>	<b>0,00</b>

**■ Sonstige Verbindlichkeiten**

	EUR					
Sonstige Verbindlichkeiten	-15.895,01					
<b>Summe der sonstigen Verbindlichkeiten</b>					<b>-15.895,01</b>	<b>-0,14</b>

<b>Investmentfondsanteil – Sondervermögen</b>	<b>EUR</b>	<b>11.185.375,99</b>	<b>100,00</b>
<b>Anteilwert (in EUR)</b>			<b>43,26</b>
<b>Umlaufende Anteile (in STK)</b>			<b>258.576</b>
<b>Bestand der Wertpapiere am Fondsvermögen (in %)</b>			<b>99,23</b>
<b>Bestand der Derivate am Fondsvermögen (in %)</b>			<b>0,00</b>

In- und ausländische Wertpapiere sowie andere Vermögenswerte wurden am 30.12.2004 zu den letztbekannten Kursen bzw. Marktsätzen bewertet.

Im Berichtszeitraum wurden Transaktionen für Rechnung des Sondervermögens überwiegend durch im Konzernverbund stehende oder über wesentliche Beteiligungen verbundene Unternehmen ausgeführt.



## Während des Berichtszeitraumes abgeschlossene Geschäfte, sofern sie nicht mehr in der Vermögensaufstellung erscheinen

Käufe und Verkäufe in Wertpapieren, Investmentanteilen und  
Schuldscheindarlehen (Marktzuordnung zum Berichtsstichtag):

Gattungsbezeichnung	Zugänge	Abgänge
	Stück bzw. Anteile	bzw. Währung in 1.000

### ■ Wertpapier-Investmentanteile

#### Gruppenfremde

Wertpapier-Investmentanteile	STK	STK
ACTIVEST-AKTIEN-SCHWEIZ	0	3.740
AMERICAN EXPRESS FDS SICAV- EUROPEAN EQUITIES EPIC-KLASSE A	0	26.795
CDC INTERNATIONAL FD SICAV- PACIFIC RIMEQUITIES NAM.-ANT. I	0	460
DJ STOXX 50 EX	31.600	34.900
MERRILL LYNCH INTERN. INV. SICAV - US SMALL CAP VALUE CLASS A2	0	32.450
WARBURG-EUROLEADERS-FONDS	0	10.155

#### Devisenkurse

Auf ausländische Währung lautende Vermögenswerte werden zu dem börsentäglich unter Zugrundelegung des Morning-Fixings der Reuters AG um 10.00 Uhr ermittelten Devisenkurs der Währung in EUR umgerechnet (ohne Währungskurssicherungsgeschäfte).

<b>Britisches Pfund</b>	1 EUR =	GBP	0,708449
<b>Japanische Yen</b>	1 EUR =	JPY	141,330310
<b>Kanadischer Dollar</b>	1 EUR =	CAD	1,649954
<b>Schweizer Franken</b>	1 EUR =	CHF	1,545482
<b>US-Dollar</b>	1 EUR =	USD	1,362300

#### Entwicklung des Fondsvermögens

	EUR	EUR
Fondsvermögen am Beginn des Geschäftsjahres		12.736.985,91
Mittelzuflüsse aus		
Anteilscheinverkäufen	1.732.009,39	
Mittelabflüsse aus		
Anteilscheinrücknahmen	-4.062.398,01	
Mittelzufluß/-abfluß (netto)		-2.330.388,62
Ertragsausgleich		-37.770,97
Ordentlicher Nettoertrag		-90.588,86
Realisierte Gewinne		270.647,49
Realisierte Verluste		-830.307,23
Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne/Verluste		1.466.798,27

**Fondsvermögen am Ende  
des Geschäftsjahres**

**11.185.375,99**

## Ertrags- und Aufwandsrechnung 01.01.2004 bis 31.12.2004 (inkl. Ertragsausgleich)

	insgesamt	pro Anteil
--	-----------	------------

### Erträge

EUR

Zinsen aus Liquiditätsanlagen im Inland	1.007,85
Erträge aus Investmentanteilen (brutto)	90.400,10
abzgl. ausländischer Quellensteuer	-10.936,67
Bestandsgründung von Dritten	29.528,94
<b>Erträge insgesamt</b>	<b>110.000,22</b>

### Aufwendungen

EUR

Zinsen aus Kreditaufnahmen	-421,61
Verwaltungsvergütung	-155.789,04
Depotbankvergütung	-11.094,66
Depotgebühren	-17.310,21
Prüfungskosten	-8.800,49
Veröffentlichungskosten	-5.710,86
Druckkosten	-1.462,21
<b>Aufwendungen insgesamt</b>	<b>-200.589,08</b>
<b>Ordentlicher Nettoertrag</b>	<b>-90.588,86</b>

### Verwendung

EUR

EUR

Vortrag aus dem Vorjahr	1.573.698,34	6,0860186
Ordentlicher Nettoertrag	-90.588,86	-0,3503375
Realisierte Gewinne	270.647,49	1,0466845

### Für Vortrag verfügbar

**1.753.756,97**

**6,7823656**

abzgl. Kapitalertragsteuer	-23.726,25	-0,0917574
abzgl. Solidaritätszuschlag	-1.304,94	-0,0050466
Der Wiederanlage zugeführt	-50.919,38	-0,1969223
Vortrag auf neue Rechnung ordentliche Erträge	454.461,14	1,7575534
Vortrag auf neue Rechnung außerordentliche Erträge	-2.132.267,54	-8,2461928

%

Die Aufwendungen insgesamt bezogen  
auf das durchschnittliche Fondsvermögen  
(Gesamtkostenquote/Total Expense Ratio<sup>1)</sup>)  
betrugen

1,82

1) Diese Kennziffer erfaßt entsprechend internationalen Gepflogenheiten nur die auf Ebene des Sondervermögens angefallenen Kosten (ohne Transaktionskosten). Soweit das Sondervermögen im Berichtszeitraum Investmentanteile („Zielfonds“) hielt, können weitere Kosten, Gebühren und Vergütungen auf Ebene des Zielfonds angefallen sein. Bei der Ermittlung der Verwaltungsvergütung des Sondervermögens werden auf Ebene konzern-zugehöriger Zielfonds belastete Verwaltungsvergütungen angerechnet.



**Anmerkungen zu Investmentanteilen**

	Verwaltungs- vergütung <sup>1)</sup>
<b>Investmentanteile</b>	<b>%</b>
ACTIVEST-AKTIEN-SCHWEIZ	0,50 p.a.
AMERICAN EXPRESS FDS SICAV- EUROPEAN EQUITIES EPIC-KLASSE A	1,25 p.a.
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV - SWITZERLAND INDEX	0,50 p.a. <sup>2)</sup>
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV- BALZAC CANADA INDEX	0,50 p.a. <sup>2)</sup>
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV- BALZAC JAPAN INDEX	0,50 p.a. <sup>2)</sup>
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV- EURO INDEX	0,50 p.a. <sup>2)</sup>
BALZAC UMBRELLA INDEX SICAV- USA INDEX	0,50 p.a. <sup>2)</sup>
CDC INTERNATIONAL FD SICAV-PACIFIC RIMEQUITIES NAM.-ANT. I	bis zu 1,20 p.a.
CS INDEXMATCH (LUX) ON S&P 500 ANT. I	0,35 p.a.
DJ STOXX 50 EX	0,50 p.a.
DWS SKANDINAVIEN	0,75 p.a.
M&G INVESTMENT (1) -M&G JAPAN SMALLER COMPANIES EURO-CLASS C	bis zu 1,00 p.a.
MERRILL LYNCH INTERN. INV. SICAV - US SMALL CAP VALUE CLASS A2	1,50 p.a.
MORGAN STANLEY SICAV-EUROPEAN SMALL CAP VALUE FD I	0,95 p.a.
PICTET FUNDS - PACIFIC (EX JAPAN) INDEX I	0,10 p.a.
PUTNAM WORLD TRUST II-US SMALL CAP VALUE EQUITY I REG.SHS	1,60 p.a.
STATE STREET ACTIONS EUROPE SICAV	0,85 p.a. <sup>2)</sup>
T. ROWE PRICE FUNDS SICAV - U.S. SMALLER COMPANIES EQUITY A	bis zu 1,50 p.a.
UK BASKET FTSE 100 (ADIG GL) REG.SHS CLASS I	bis zu 2,00 p.a.
WARBURG-EUROLEADERS-FONDS	bis zu 1,50 p.a.
WESTAM COMP. FUND SICAV - GLOBAL EMERGING MARKETS FD A	1,00 p.a.

1) von anderen Kapitalanlagegesellschaften bzw. ausländischen Investmentgesellschaften berechnete Verwaltungsvergütung

2) des Reinvermögens zzgl. Steuer, abzgl. der Anteile an Investmentfonds oder der SICAV-Aktien

Im Berichtszeitraum wurden keine Ausgabeaufschläge/Rücknahmeabschläge gezahlt.

**Entwicklung im 3-Jahresvergleich**

Stichtag	Fondsvermögen EUR	Anteilwert EUR
31.12.2004	11.185.375,99	43,26
31.12.2003	12.736.985,91	40,57
31.12.2002	11.860.757,15	36,34
31.12.2001	15.887.078,70	48,96



## BESONDERER VERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Für die Sondervermögen **OP Moneymarket EURO, OP Bond Active, OP Bond Euro K, OP Bond Euro M, OP Bond Euro L, OP Extra Bond Euro, OP Extra Portfolio, OP Select, OP Fundselect Global, OP European Equities, OP Eastern Europe, OP American Equities, OP Japan, OP DAX-Werte, OP EURO STOXX 50-Werte, OP S&P 500-Werte, OP Nikkei 225-Werte, OP Global Equities, OP Technology, OP Dynamics, OP Food** wurde nachstehender uneingeschränkter besonderer Vermerk erteilt.

Wir haben gemäß § 44 Absatz 5 des Investmentgesetzes (InvG) den Rechenschaftsbericht des Sondervermögens unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Rechenschaftsberichts nach den Vorschriften des InvG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kapitalanlagegesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Rechenschaftsbericht unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach § 44 Absatz 5 InvG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Rechenschaftsbericht sowie auf die Ordnungsmäßigkeit der

Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Verwaltung des Sondervermögens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und die Nachweise für die Angaben in Buchführung und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze für den Rechenschaftsbericht. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Düsseldorf, den 15. März 2005

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**Pukropski**  
Wirtschaftsprüfer

**Thissen**  
Wirtschaftsprüfer



Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH

Unter Sachsenhausen 2  
D-50667 Köln  
Telefon (02 21) 145 03  
Telefax (02 21) 145 19 18

Oppenheim Pramerica Fonds Trust GmbH

Unter Sachsenhausen 4  
D-50667 Köln  
Telefon (0 18 02) 145 145  
Telefax (02 21) 145 29 00  
[www.oppenheimpramerica.de](http://www.oppenheimpramerica.de)



**Besteuerungsgrundlagen**

Tag des Zuflusses 31.12.2004

	Privatanleger EUR pro Anteil	betr. Anleger (EStG) EUR pro Anteil	betr. Anleger (KStG) EUR pro Anteil
<b>§ 5 Abs. 1 InvStG</b>			
Nr. 1 a) Betrag der Ausschüttung	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 b) Betrag der ausgeschütteten Erträge	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 b) Betrag der ausschüttungsgleichen Erträge	0,3058578	0,2983896	0,2983896
Nr. 1 c) In der Ausschüttung und den ausschüttungsgleichen Erträgen sind enthalten:			
Nr. 1 c) aa) ausschüttungsgleiche Erträge aus Vorjahren	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) bb) steuerfreie Veräußerungsgewinne (Gewinne aus Wertpapierveräußerung, Termingeschäften und Bezugsrechten) für Privatanleger	0,0000000	—	—
Nr. 1 c) cc) Erträge i.S.d. § 3 Nr. 40 EStG (Dividenden, die dem Halbeinkünfteverfahren unterliegen); 100 %	0,0000000	0,0000000	—
Nr. 1 c) dd) Erträge i.S.d. § 8b Abs. 1 KStG (Dividenden, die dem Beteiligungsprivileg unterliegen); 100 %	—	—	0,0000000
Nr. 1 c) ee) Veräußerungsgewinne i.S.d. § 3 Nr. 40 EStG (Veräußerungsgewinne, die dem Halbeinkünfteverfahren unterliegen); 100 %	—	0,0000000	—
Nr. 1 c) ff) Veräußerungsgewinne i.S.d. § 8b Abs. 2 KStG (Veräußerungsgewinne, die dem Beteiligungsprivileg unterliegen); 100 %	—	—	0,0000000
Nr. 1 c) gg) Erträge aus der Veräußerung von Bezugsrechten auf Freianteile an KapGes, sofern es sich nicht um Kapitalerträge i.S.d. § 20 EStG handelt	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) hh) steuerfreier Gewinn aus der Veräußerung von Immobilien außerhalb der 10-Jahresfrist für Privatanleger	0,0000000	—	—
Nr. 1 c) ii) Einkünfte i.S.d. § 4 Abs. 1 InvStG (insbesondere steuerfreie ausländische Mieteinnahmen)	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) jj) maßgebliche ausl. Einkünfte für die Anrechnung von einbehaltener Quellensteuer, die in voller Höhe der Besteuerung unterliegen	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) jj) maßgebliche ausl. Einkünfte für die Anrechnung von einbehaltener Quellensteuer, die der Besteuerung gem. § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b Abs. 1 KStG unterliegen; 100 %	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) kk) maßgebliche ausl. Einkünfte für die Anrechnung von fiktiver Quellensteuer, die in voller Höhe der Besteuerung unterliegen	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 c) kk) maßgebliche ausl. Einkünfte für die Anrechnung von fiktiver Quellensteuer, die der Besteuerung gem. § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b Abs. 1 KStG unterliegen; 100 %	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 d) aa) Bemessungsgrundlage Zinsabschlagsteuer	0,3058578	0,3058578	0,3058578
Nr. 1 d) bb) Bemessungsgrundlage Kapitalertragsteuer auf inländische Dividenden	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 e) aa) anrechenbare / zu erstattende Zinsabschlagsteuer	0,0917573	0,0917573	0,0917573
Nr. 1 e) aa) anrechenbarer / zu erstattender Solidaritätszuschlag auf Zinsabschlagsteuer	0,0050467	0,0050467	0,0050467
Nr. 1 e) bb) anrechenbare / zu erstattende Kapitalertragsteuer auf inländische Dividenden	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 e) bb) anrechenbarer / zu erstattender Solidaritätszuschlag auf Kapitalertragsteuer inländischer Dividenden	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 f) aa) anrechenbare ausländische Quellensteuern, soweit sie auf Erträge entfallen, die in voller Höhe der Besteuerung unterliegen	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 f) aa) anrechenbare ausländische Quellensteuern, soweit sie auf Erträge entfallen, die der Besteuerung gem. § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b Abs. 1 KStG unterliegen; 100 %	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 f) bb) abziehbare Quellensteuern gem. § 34c Abs. 3 EStG, wenn kein Abzug nach § 4 Abs. 4 InvStG vorgenommen wurde	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 f) cc) anrechenbare fiktive Quellensteuern, soweit sie auf ausländische Erträge entfallen, die in voller Höhe der Besteuerung unterliegen	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 f) cc) anrechenbare fiktive Quellensteuern, soweit sie auf Erträge entfallen, die der Besteuerung gem. § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b Abs. 1 KStG unterliegen; 100 %	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 g) Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung nach § 3 Abs. 3 Satz 1 InvStG	0,0000000	0,0000000	0,0000000
Nr. 1 h) Körperschaftsteuererminderungsbetrag gem. § 37 Abs. 3 KStG	—	0,0002846	0,0002846



## BESCHEINIGUNG NACH § 5 ABS. 1 SATZ 1 NR. 3 INVESTMENTSTEUERGESETZ (INVSTG) ÜBER DIE PRÜFUNG DER STEUERLICHEN ANGABEN

Für die Investmentvermögen **OP Moneymarket EURO, OP Bond Active, OP Bond Euro K, OP Bond Euro M, OP Bond Euro L, OP Extra Bond Euro, OP Extra Portfolio, OP Select, OP Fundselect Global, OP European Equities, OP Eastern Europe, OP American Equities, OP Japan, OP DAX-Werte, OP EURO STOXX 50-Werte, OP S&P 500-Werte, OP Nikkei-Werte, OP Global Equities, OP Technology, OP Dynamics, OP Food** wurde folgende Bescheinigung erteilt:

An die Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachfolgend die Gesellschaft):

Die Gesellschaft hat uns beauftragt, gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Investmentsteuergesetz (InvStG) zu prüfen, ob die von der Gesellschaft für das Investmentvermögen für den Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004 zu veröffentlichenden Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden.

Die Verantwortung für die Ermittlung der steuerlichen Angaben gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG in Verbindung mit den Vorschriften des deutschen Steuerrechts liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Soweit die Gesellschaft Mittel in Anteile an anderen Investmentvermögen (Zielfonds) investiert hat, verwendet sie die ihr für diese Zielfonds vorliegenden steuerlichen Angaben.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung abzugeben, ob die von der Gesellschaft nach den Vorschriften des InvStG zu machenden Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden. Soweit die Gesellschaft Mittel in Anteile an Zielfonds investiert hat, beschränkte sich unsere Prüfung auf die korrekte Übernahme der für diese Zielfonds von anderen zur Verfügung gestellten steuerlichen Angaben durch die Gesellschaft nach Maßgabe vorliegender Bescheinigungen. Die entsprechenden steuerlichen Angaben wurden von uns nicht geprüft.

Wir haben unsere Prüfung unter entsprechender Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Angaben

nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG frei von wesentlichen Fehlern sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Verwaltung des Investmentvermögens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des auf die Ermittlung der Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG bezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die steuerlichen Angaben überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst auch eine Beurteilung der Auslegung der angewandten Steuergesetze durch die Gesellschaft. Die von der Gesellschaft gewählte Auslegung ist dann nicht zu beanstanden, wenn sie in vertretbarer Weise auf Gesetzesmaterialien, Rechtsprechung, einschlägige Fachliteratur und veröffentlichte Auffassungen der Finanzverwaltung gestützt werden konnte. Wir weisen darauf hin, dass eine künftige Rechtsentwicklung und insbesondere neue Erkenntnisse aus der Rechtsprechung eine andere Beurteilung der von der Gesellschaft vertretenen Auslegung notwendig machen können.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Auf dieser Grundlage bescheinigen wir der Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 InvStG, dass die Angaben gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden.

Düsseldorf, den 15. März 2005

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Niederlassung Düsseldorf

**Pukropski**  
Wirtschaftsprüfer

**Klopfleisch**  
Steuerberater



## ÄNDERUNG DER ALLGEMEINEN UND BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN ZUM 1. JULI 2005

12

Die nicht der Genehmigungspflicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegende Regelung des § 21 Abs. 1 der Besonderen Vertragsbedingungen für OP Fundselect Global wird geändert und erhält ab 1. Juli 2005 nachfolgende Fassung:

- (1) Für die Verwaltung des Sondervermögens erhält die Gesellschaft täglich eine Vergütung von  $\frac{1}{365}$  von bis zu 2 % des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.  
Außerdem erhält die Gesellschaft bei Zinsswaps eine Provision von bis zu 0,05 % des Nominalvolumens sowie 20 % der durch Wertpapier-Darlehensgeschäfte für das Sondervermögen erwirtschafteten Erträge.

Mit Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden die Allgemeinen Vertragsbedingungen und Besonderen Vertragsbedingungen des oben genannten Fonds mit Wirkung vom 1. Juli 2005 an die durch das Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen geschaffene Gesetzeslage angepaßt.

Im Zuge des Gesetzes zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen wurde die bislang bekannte Typisierung der Sondervermögen aufgegeben. Nunmehr wird grundsätzlich unterschieden zwischen Sondervermögen, die konform zur europäischen Investmentrichtlinie sind und solchen Sondervermögen, welche Regelungen enthalten, die hierzu nicht konform sind. Das vorliegende Sondervermögen ist ein sogenanntes richtlinienkonformes Investmentfondsanteil-Sondervermögen.

Die bekannten Anlagegrenzen wurden im wesentlichen beibehalten.

Das Gesetz sieht nunmehr vor, daß Änderungen der Vertragsbedingungen nicht mehr zwangsläufig im Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen sind. Die Gesellschaft wird zukünftig auf ihrer Internet-Homepage sowie im elektronischen Bundesanzeiger etwaige Änderungen veröffentlichen.

Darüber hinaus wurde die Verpflichtung, bestimmte für den Anleger interessante Angaben zu machen, gesetzlich verankert. Zu nennen sind hier beispielhaft der Ausweis einer Total Expense Ratio, der Berechnung einer Pauschalgebühr und gegebenenfalls einer wertentwicklungsabhängigen Gebühr sowie der Ausweis einer etwaigen Bestandsprovision in den Verkaufsunterlagen.

Der vollständige Wortlaut der Allgemeinen Vertragsbedingungen und der Besonderen Vertragsbedingungen lautet zukünftig wie folgt:



## ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN – RICHTLINIEN-KONFORME INVESTMENTFONDSANTEIL-SONDERVERMÖGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für die von der Gesellschaft aufgelegten *richtlinienkonformen Investmentfondsanteil-Sondervermögen*, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen aufgestellten „Besonderen Vertragsbedingungen“ gelten.

### § 1 Grundlagen

- (1) Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Investmentgesetzes (InvG).
- (2) Sie legt bei ihr eingelegtes Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem InvG zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Über die hieraus sich ergebenden Rechte der Anleger werden von ihr Urkunden (Anteilscheine) ausgestellt.

### § 2 Depotbank

- (1) Die Gesellschaft bestellt ein Kreditinstitut als Depotbank; die Depotbank handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
- (2) Der Depotbank obliegen die nach dem InvG und diesen Vertragsbedingungen vorgeschriebenen Aufgaben.

### § 3 Fondsverwaltung

- (1) Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anleger und der Integrität des Marktes.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen; sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
- (3) Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände nach Maßgabe

der §§ 47, 48 und 50 InvG verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören. § 51 InvG bleibt unberührt.

### § 4 Anlagegrundsätze

- (1) Die Gesellschaft erwirbt für Rechnung eines Sondervermögens Anteile an inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen und ausländische EG-Investmentanteile im Sinne des InvG. Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und ausländische Investmentanteile, die keine EG-Investmentanteile sind sowie Anteile an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital können erworben werden, sofern
  - a) diese nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer wirksamen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Anleger unterstellen und ausreichende Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht,
  - b) das Schutzniveau des Anlegers dem Schutzniveau eines Anlegers in einem inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen im Sinne des InvG gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung der Vermögensgegenstände, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,
  - c) die Geschäftstätigkeit Gegenstand von Jahres- und Halbjahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,
  - d) die Anteile dem Publikum ohne eine Begrenzung der Zahl der Anteile angeboten werden und die Anleger das Recht zur Rückgabe der Anteile haben.
- (2) Anteile an inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, EG-Investmentanteile und ausländische Investmentanteile darf die Gesellschaft nur erwerben, wenn nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung der Kapitalanlagegesellschaft, der Investmentaktiengesellschaft oder der ausländischen Investmentgesellschaft insgesamt höchstens 10 Prozent des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen inländischen Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital oder ausländischen Investmentvermögen i.S.v. § 50 InvG angelegt werden dürfen.



- (3) Die Gesellschaft bestimmt in den „Besonderen Vertragsbedingungen“
- die Grundsätze, nach denen die zu erwerbenden Anteile ausgewählt werden;
  - die Arten der Sondervermögen, der Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital und der von ausländischen Investmentgesellschaften verwalteten Vermögen, deren Anteile für das Sondervermögen erworben werden dürfen;
  - der Anteil des Sondervermögens, der höchstens in Anteilen der jeweiligen Art gehalten werden darf;
  - ob und in welchem Umfang und mit welchem Zweck für Rechnung des Sondervermögens Geschäfte in Derivaten getätigt werden dürfen. Beim Einsatz von Derivaten wird die Gesellschaft die gemäß § 51 Abs. 3 InvG erlassene Rechtsverordnung über Risikomanagement und Risikomesung in Sondervermögen (DerivateV) beachten.
- (4) Die Gesellschaft darf daneben bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten gemäß Abs. 5 und 6 sowie Geldmarktfondsanteilen anlegen, sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist.
- (5) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die auf Sperrkonten zu führenden Guthaben können bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterhalten werden; die Guthaben können auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, gehalten werden, wenn dies in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt ist. Sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist, können die Bankguthaben auch auf Fremdwährung lauten. Ein Mindestbankguthaben ist nicht vorgeschrieben.
- (6) Die Gesellschaft darf vorbehaltlich des § 5 Abs. 4 für Rechnung des Sondervermögens Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie verzinsliche Wertpapiere, die zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für das Sondervermögen eine restliche Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben oder deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in zwölf Monaten, marktgerecht angepaßt wird (Geldmarktinstrumente), erwerben. Geldmarktinstrumente dürfen für das Sondervermögen nur erworben werden, wenn sie begeben werden
- a) vom Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
  - b) von einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
  - c) von der Europäischen Union oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
  - d) von einer Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank,
  - e) von einer internationalen Organisation, der auch die Bundesrepublik Deutschland als Vollmitglied angehört,
  - f) von einem Unternehmen, dessen Wertpapiere an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt oder organisierten Markt zugelassen sind,
  - g) von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind,
  - h) von einem Unternehmen, dessen Eigenkapital mindestens 10 Millionen Euro beträgt und das seinen Jahresabschluß nach den Vorschriften der Vierten Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003, erstellt,
  - i) von einem Konzernunternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes, wenn ein anderes Unternehmen desselben Konzerns, das die Anforderungen der Buchstaben f), g) oder h) erfüllt, für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Geldmarktinstrumente die Gewährleistung übernommen hat,
  - j) von einem Rechtsträger, dessen Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, wertpapiermäßig unterlegte Verbindlichkeiten im Markt zu plazieren, sofern der Rechtsträger über Kreditlinien eines Kreditinstituts zur Liquiditätssicherung verfügt und die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegen. Die Geldmarktinstrumente können auch auf Fremdwährung lauten.
- (7) Ferner darf die Gesellschaft für Rechnung eines Sondervermögens auch Geldmarktinstrumente erwerben, für deren Verzinsung und Rückzahlung einer der in Abs. 6 Buchstabe a) bis e) oder g) bezeichneten Aussteller die Gewährleistung übernommen hat.
- (8) Die Gesellschaft soll für das Sondervermögen nur solche Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen.
- ## § 5 Anlagegrenzen
- (1) Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im InvG und die in den Vertragsbedingungen festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
- (2) Der Wert der Investmentanteile gemäß § 4 Abs. 1 darf insgesamt 51 % des Wertes des Sondervermögens nicht überschreiten.
- (3) Die Gesellschaft darf in Anteilen an einem einzigen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Anteilen an Investmentvermögen nach Maßgabe des § 4 Absatz 1 Satz 2 darf die Gesellschaft insgesamt nur bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens nicht mehr als 25 Prozent der ausgegebenen Anteile eines anderen Sonder-



vermögens oder ausländischen Investmentvermögens erwerben.

- (4) Die Gesellschaft darf nur bis zu 10 % des Wertes des Sondervermögens insgesamt anlegen in
- Geldmarktinstrumenten von Ausstellern, die nicht den Anforderungen des § 48 InvG genügen,
  - Forderungen aus Gelddarlehen, die keine Geldmarktinstrumente i. S. d. § 48 InvG sind, Teilbeträge eines von einem Dritten gewährten Gesamtdarlehens sind und über die ein Schuldschein ausgestellt ist (Schuldscheindarlehen), sofern diese Forderungen nach dem Erwerb für das Sondervermögen mindestens zweimal abgetreten werden können und das Darlehen gewährt wurde
    - dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, den Europäischen Gemeinschaften oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
    - einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, für die nach Artikel 44 der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. März 2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute die Gewichtung Null bekannt gegeben worden ist,
    - sonstigen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
    - Unternehmen, die Wertpapiere ausgegeben haben, die an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt zugelassen sind, oder
    - anderen Schuldnern, sofern eine der in Buchstabe d), erster bis dritter Spiegelstrich genannten Stellen die Gewährleistung für die Verzinsung und Rückzahlung übernommen hat.
- (5) Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben im Sinne des § 49 InvG bei je einem Kreditinstitut anlegen.
- (6) Die Gesellschaft darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat, insgesamt nur bis zu 5 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen; sie darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat und dessen Eigenkapital weniger als 25 Millionen Euro beträgt, nur bis zu 2 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Geldmarktinstrumenten nach Satz 1 dürfen insgesamt nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden. In Geldmarktinstrumenten im Sinne des § 52 Abs. 1 Nr. 2 InvG desselben Ausstellers darf die Gesellschaft nur bis zu 2 Prozent des Wertes des Sondervermögens anlegen.
- (7) Die Gesellschaft darf für ein Sondervermögen bei ein und derselben Einrichtung nur bis zu 20 Prozent des Wertes des Sondervermögens in eine Kombination der folgenden Vermögensgegenstände anlegen:

- von dieser Einrichtung begebene Geldmarktinstrumente,
  - Bankguthaben bei dieser Einrichtung,
  - von dieser Einrichtung erworbene Derivate, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen anderen organisierten Markt einbezogen sind.
- Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben unberührt.

## § 6 Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen

- (1) Die Gesellschaft darf alle Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen übertragen oder alle Vermögensgegenstände eines anderen Sondervermögens in dieses Sondervermögen übernehmen, wenn
- beide Sondervermögen von der Gesellschaft verwaltet werden,
  - die Anlagegrundsätze und –grenzen nach den Vertragsbedingungen für diese Sondervermögen nicht wesentlich voneinander abweichen,
  - die an die Gesellschaft und die Depotbank zu zahlenden Vergütungen sowie die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge nicht wesentlich voneinander abweichen,
  - die Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens zum Geschäftsjahresende des übertragenden Sondervermögens (Übertragungsstichtag) erfolgt, am Übertragungsstichtag die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens berechnet werden, das Umtauschverhältnis festgelegt wird, die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten übernommen werden und der gesamte Übernahmevorgang vom Abschlußprüfer geprüft wird und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) die Übertragung der Vermögensgegenstände, bei der die Interessen der Anleger ausreichend gewahrt sein müssen, genehmigt hat.
- (2) Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernommenen und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Die neuen Anteile des übernehmenden Sondervermögens gelten bei den Anlegern des übertragenden Sondervermögens mit Beginn des dem Übertragungsstichtag folgenden Tages als ausgegeben.
- (3) Absatz 1 Buchstabe c gilt nicht für die Zusammenlegung einzelner Sondervermögen zu einem einzigen Sondervermögen mit unterschiedlichen Anteilklassen. In diesem Fall ist statt des Umtauschverhältnisses nach Abs. 2 Satz 1 der Anteil der Anteilklasse an dem Sondervermögen zu ermitteln.

## § 7 Darlehen

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens einem Wertpapier-Darlehensnehmer gegen ein marktgerechtes Entgelt nach Übertragung ausreichender Sicherheiten ein Wertpapier-Darlehen auf unbestimmte oder bestimmte Zeit insoweit gewähren, als der Kurswert der zu übertragenden Wertpapiere zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens demselben Wertpapier-Darlehensnehmer bereits als Wertpapier-Darlehen übertragenen Wertpapiere 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt. Der Kurswert der für eine bestimmte Zeit zu übertragenden Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens bereits als Wertpapier-Darlehen für eine bestimmte Zeit übertragenen Wertpapiere 15 Prozent des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigen.



- (2) Wird die Sicherheit für die übertragenen Wertpapiere vom Wertpapier-Darlehensnehmer in Guthaben erbracht, darf die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Guthaben in Geldmarktinstrumente im Sinne des § 48 InvG in der Währung des Guthabens anzulegen. Die Erträge aus Sicherheiten stehen dem Sondervermögen zu.
- (3) Die Gesellschaft kann sich auch eines von einer Wertpapiersammelbank oder von einem anderen in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Unternehmen, dessen Unternehmensgegenstand die Abwicklung von grenzüberschreitenden Effektengeschäften für andere ist, organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, welches von den Anforderungen der §§ 54 und 55 InvG abweicht, wenn durch die Bedingungen dieses Systems die Wahrung der Interessen der Anleger gewährleistet ist.
- (4) Sofern die Gesellschaft Darlehen in Bezug auf andere für das Sondervermögen erwerbbare Vermögensgegenstände gewähren darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

#### § 8 Pensionsgeschäfte

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Wertpapier-Pensionsgeschäfte im Sinne von § 340b Abs. 2 Handelsgesetzbuch gegen Entgelt mit Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten abschließen.
- (2) Die Pensionsgeschäfte müssen Wertpapiere zum Gegenstand haben, die nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erworben werden dürfen.
- (3) Die Pensionsgeschäfte dürfen höchstens eine Laufzeit von 12 Monaten haben.
- (4) Sofern die Gesellschaft Pensionsgeschäfte in Bezug auf andere, nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erwerbbarer Vermögensgegenstände abschließen darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

#### § 9 Kreditaufnahme

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 Prozent des Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Depotbank der Kreditaufnahme zustimmt. Hierbei sind Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsgeber im Rahmen eines Pensionsgeschäftes erhalten hat, anzurechnen.

#### § 10 Anteilscheine

- (1) Die Anteilscheine lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.
- (2) Die Anteile können verschiedene Rechte hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Verwaltungsvergütung oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt.
- (3) Die Anteilscheine tragen mindestens die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Gesellschaft und der Depotbank. Darüber hinaus weisen sie die eigenhändige Unterschrift einer Kontrollperson der Depotbank auf.

- (4) Die Anteile sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilscheines gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteilscheines als der Berechtigte.
- (5) Sofern die Rechte der Anleger bei der Errichtung des Sondervermögens oder die Rechte der Anleger einer Anteilklasse bei Einführung der Anteilklasse nicht in einer Globalurkunde, sondern in einzelnen Anteilscheinen oder in Mehrfachurkunden verbrieft werden sollen, erfolgt die Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

#### § 11 Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen, Rücknahmeaussetzung

- (1) Die Anzahl der ausgegebenen Anteile und entsprechenden Anteilscheine ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
- (2) Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
- (3) Die Anleger können von der Gesellschaft die Rücknahme der Anteile verlangen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Depotbank.
- (4) Der Gesellschaft bleibt jedoch vorbehalten, die Rücknahme der Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.

#### § 12 Ausgabe- und Rücknahmepreise

- (1) Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile wird der Wert der zu dem Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände (Inventarwert) zu den in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Zeitpunkten ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt (Anteilwert). Werden gemäß § 10 Absatz 2 unterschiedliche Anteilklassen für das Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß den Grundsätzen für die Kurs- und Preisfeststellung, die im InvG und den auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen genannt sind.
- (2) Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert zuzüglich eines in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ gegebenenfalls festgesetzten Ausgabeaufschlages. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert abzüglich eines gegebenenfalls in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgesetzten Rücknahmeabschlages. Sofern vom Anleger außer dem Ausgabeaufschlag oder Rücknahmeabschlag sonstige Kosten zu entrichten sind, ist deren Höhe und Berechnung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ anzugeben.
- (3) Der Abrechnungsstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge ist spätestens der auf den Eingang des Anteilsabrufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag, soweit in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist.

#### § 13 Kosten

In den „Besonderen Vertragsbedingungen“ werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten



zustehenden Vergütungen, die dem Sondervermögen belastet werden können, genannt. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und auf Grund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

#### § 14 Rechnungslegung

- (1) Spätestens drei Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Sondervermögens macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 44 Abs. 1 InvG bekannt.
- (2) Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft einen Halbjahresbericht gemäß § 44 Abs. 2 InvG bekannt.
- (3) Wird das Recht zur Verwaltung des Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalanlagegesellschaft übertragen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß § 44 Abs. 1 InvG entspricht.
- (4) Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Depotbank und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht.

#### § 15 Kündigung und Abwicklung des Sondervermögens

- (1) Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Sondervermögens mit einer Frist von mindestens dreizehn Monaten durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen.
- (2) Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Sondervermögen bzw. das Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf die Depotbank über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die der Gesellschaft zustehende Vergütung beanspruchen. Mit Genehmigung der Bundesanstalt kann die Depotbank von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalanlagegesellschaft die Verwaltung des Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Vertragsbedingungen übertragen.
- (3) Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 38 InvG erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 44 Abs. 1 InvG entspricht.

#### § 16 Änderungen der Vertragsbedingungen

- (1) Die Gesellschaft kann die Vertragsbedingungen ändern.
- (2) Änderungen der Vertragsbedingungen, mit Ausnahme der Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die zu Lasten des Sondervermögens gehen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG), bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anla-

gegrundsätze des Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.

- (3) Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht und treten – mit Ausnahme der Änderungen nach Absätzen 4 und 5 – frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger in Kraft, soweit nicht mit Zustimmung der Bundesanstalt ein früherer Termin genannt wird. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr In-Kraft-Treten hinzuweisen.
- (4) Änderungen von Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG) treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.
- (5) Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Sondervermögens treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.

#### § 17 Erfüllungsort, Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.
- (2) Hat der Anleger im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist der Sitz der Gesellschaft Gerichtsstand.



## BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

18

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft aufgelegte *richtlinienkonforme Investmentfondsanteil-Sondervermögen* **OP Fundselect Global**, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gelten.

### § 18 Depotbank

Depotbank für das Sondervermögen ist das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien mit Sitz in Köln/Frankfurt am Main.

### Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

#### § 19 Anlagegrundsätze

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen erwerben:

1. Investmentanteile gemäß § 50 InvG,
2. Derivate gemäß § 51 InvG,
3. Geldmarktinstrumente gemäß § 48 InvG,

in- und ausländischer Aussteller.

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen daneben ferner

4. Bankguthaben gemäß § 49 InvG

halten.

#### § 20 Anlagegrenzen

##### (1) Anlageschwerpunkt

Für das Sondervermögen sollen zu mindestens 51 % Anteile an Wertpapier-Sondervermögen bzw. denen vergleichbare ausländische Investmentvermögen erworben werden, die entsprechend den Vertragsbedingungen ihrerseits überwiegend in Aktien angelegt sind.

Daneben können bis zu 49 % des Investmentfondsanteil-Sondervermögens auch Anteile an Geldmarkt-Sondervermögen bzw. denen vergleichbare ausländische Investmentvermögen erworben werden, die in den Vertragsbedingungen eine ausschließliche Anlage in Geldmarktinstrumenten und Bankguthaben vorsehen.

Der Anteil ausländischer Investmentfondsanteile kann bis zu 100 % des Investmentfondsanteil-Sondervermögens betragen.

##### (2) Derivate

1. Die Gesellschaft kann im Rahmen der Verwaltung des Sondervermögens Derivate einsetzen. Sie darf – der Art und dem Umfang der eingesetzten Derivate entsprechend – zur Ermittlung der Auslastung der nach § 51 Abs. 2 InvG festgesetzten Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten entweder den einfachen oder den qualifizierten Ansatz im Sinne der DerivateV nutzen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.
2. Sofern die Gesellschaft den einfachen Ansatz nutzt, darf sie ausschließlich die folgenden Grundformen von Derivaten oder Kombinationen aus diesen Derivaten oder Kombinationen aus Vermögensgegenständen, die gemäß § 19 Nr. 1 und 3 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, mit diesen Derivaten im Sondervermögen einsetzen. Hierbei darf der nach Maßgabe von § 16 DerivateV zu ermittelnde Anrechnungsbetrag des Sondervermögens für das Zins- und Aktienkursrisiko oder das Währungsrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des Wertes des Sondervermögens übersteigen.
  - a) Terminkontrakte auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 3, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen;
  - b) Optionen oder Optionsscheine auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 3, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen und auf Terminkontrakte nach Buchstabe a), wenn sie die folgenden Eigenschaften aufweisen:
    - aa) eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich und
    - bb) der Optionswert hängt zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswertes ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
  - c) Zinsswaps, Währungsswaps oder Zins-Währungsswaps;
  - d) Optionen auf Swaps nach Buchstabe c), sofern sie die in Buchstabe b) unter Buchstaben aa) und bb) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions);
  - e) Credit Default Swaps auf Vermögensgegenstände gemäß § 19 Nr. 1 und 3, sofern sie ausschließlich und nachvollziehbar der Absicherung des Kreditrisikos von genau zuordenbaren Vermögensgegenständen des Sondervermögens dienen;
  - f) Terminkontrakte, Optionen oder Optionsscheine auf



Investmentanteile gemäß § 50 InvG dürfen nicht abgeschlossen werden.

3. Sofern die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz nutzt, darf sie – vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems – in jegliche Derivate, mit Ausnahme von Derivaten auf Schuldscheindarlehen gemäß § 52 Nr. 4 InvG, investieren, die von Vermögensgegenständen, die gemäß § 19 Nr. 1 bis 3 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, oder von Zinssätzen, Wechselkursen oder Währungen abgeleitet sind. Hierzu zählen insbesondere Optionen, Finanzterminkontrakte und Swaps sowie Kombinationen hieraus.  
Hierbei darf der dem Sondervermögen zuzuordnende potentielle Risikobetrag für das Marktrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des potentiellen Risikobetrags für das Marktrisiko des zugehörigen Vergleichsvermögens gemäß § 9 der DerivateV übersteigen.
  4. Unter keinen Umständen darf die Gesellschaft bei diesen Geschäften von den in den „Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen“ oder in dem Verkaufsprospekt genannten Anlagegrundsätze und -grenzen abweichen.
  5. Die Gesellschaft wird Derivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung und der Erzielung von Zusatzserträgen einsetzen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anleger für geboten hält.
  6. Bei der Ermittlung der Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten darf die Gesellschaft jederzeit vom einfachen zum qualifizierten Ansatz gemäß § 8 der DerivateV wechseln. Der Wechsel zum qualifizierten Ansatz bedarf nicht der Genehmigung durch die Bundesanstalt, die Gesellschaft hat den Wechsel jedoch unverzüglich der Bundesanstalt anzuzeigen und im nächstfolgenden Halbjahres- oder Jahresbericht bekannt zu machen.
- (3) Wertpapierdarlehens- und –pensionsgeschäfte  
Die §§ 7 und 8 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ sind bei den Anlagegrundsätzen und Anlagegrenzen zu berücksichtigen und gelten für die in § 19 Nr. 3 genannten Wertpapiere sinngemäß.  
Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 60 Abs. 1 und 2 InvG anzurechnen. Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen der §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen. Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsnehmer gezahlt hat, sind auf die Grenze in § 4 Abs. 4 der Allgemeinen Vertragsbedingungen anzurechnen.
  - (4) Geldmarktinstrumente  
Geldmarktinstrumente nach § 48 InvG dürfen bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens erworben werden.
  - (5) Bankguthaben  
Bis zu 49 % des Wertes des Investmentfondsanteil-Sondervermögens dürfen für Rechnung des Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 4 Abs. 4 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gehalten werden.

## Anlageausschuß

### § 21 Anlageausschuß

Die Gesellschaft bedient sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses.

## Anteilklassen

### § 22 Anteilklassen

Alle Anteile haben gleiche Rechte; verschiedene Anteilklassen gemäß § 10 Absatz 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ werden nicht gebildet.

## Anteilscheine, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, Rücknahme von Anteilen und Kosten

### § 23 Anteilscheine

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

### § 24 Ausgabe- und Rücknahmepreis

- (1) Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden börsentäglich ermittelt. An gesetzlichen Feiertagen, die Börsentage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres können die Gesellschaft und die Depotbank von einer Ermittlung des Wertes absehen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.
- (2) Der Ausgabeaufschlag beträgt 5,0 %<sup>1)</sup> des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.
- (3) Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben. Die Rücknahme erfolgt zum Anteilwert.

### § 25 Kosten der Verwaltung / Sonstige Kosten<sup>2)</sup>

- (1) Für die Verwaltung des Sondervermögens erhält die Gesellschaft täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 2,0 %<sup>3)</sup> des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.  
Außerdem erhält die Gesellschaft bei Zinsswaps eine Provision von bis zu 0,05 %<sup>4)</sup> des Nominalvolumens sowie 20 % der durch Wertpapier-Darlehensgeschäfte für das Sondervermögen erwirtschafteten Erträge.
- (2) Die Depotbank erhält täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 0,20 %<sup>5)</sup> des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.
- (3) Neben den der Gesellschaft, der Depotbank und ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:
  1. Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
  2. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
  3. Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
  4. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
  5. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
  6. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Anga-

1) z. Zt. 5,0 %

2) Diese Regelung unterliegt nicht der Genehmigungspflicht der Bankaufsichtsbehörde.

3) z. Zt. 1,50 %

4) z. Zt. 0,05 %

5) z. Zt. 0,10 %



ben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;

7. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
8. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens.

- (4) Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschlüsse offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 50 InvG berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschlüsse berechnen.

Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investment-Aktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

20

## Ertragsverwendung und Geschäftsjahr

### § 26 Ausschüttung

- (1) Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträge aus Investmentanteilen sowie Entgelte aus Darlehens- und Pensionsgeschäften – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.
- (2) Ausschüttbare Erträge gemäß Abs. 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
- (3) Im Interesse der Substanzerhaltung können Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sondervermögen bestimmt werden.
- (4) Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von drei Monaten nach Schluß des Geschäftsjahres.
- (5) Zwischenausschüttungen sind zulässig. Über geplante Zwischenausschüttungen wird im Halbjahres- oder Jahresbericht informiert.

### § 27 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.



## ÄNDERUNG DER ALLGEMEINEN UND BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN ZUM 1. MAI 2006

Mit Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden die Allgemeinen Vertragsbedingungen und Besonderen Vertragsbedingungen der oben genannten Fonds sodann mit Wirkung vom 1. Mai 2006 in der Weise umgestellt, daß das Sondervermögen dann ein sogenanntes richtlinienkonformes Sondervermögen wird. Hierdurch wird erreicht, daß die Gesellschaft von allen durch das neue Investmentrecht geschaffenen Möglichkeiten vollumfänglich Gebrauch machen kann.

21

Mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 7. März 2005 erhält das Sondervermögen OP Fundselect Global ab dem 1. Mai 2006 ferner die Namensbezeichnung OP Select Global. Mit dem neuen Namen wird der Inhalt des Fonds genauer beschrieben.

Die Anteilhaber haben die Möglichkeit, kostenlos in einen anderen von der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH verwalteten Fonds zu wechseln. Ggf. werden hier jedoch Gebühren durch eine nicht zum Oppenheim-Konzern gehörende depotführende Bank erhoben.

Der vollständige Wortlaut der Allgemeinen Vertragsbedingungen und der Besonderen Vertragsbedingungen lautet ab dem vorgenannten Zeitpunkt wie folgt:



## ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN – RICHTLINIENKONFORME SONDERVERMÖGEN

22

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für die von der Gesellschaft aufgelegten *richtlinienkonformen Sondervermögen*, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen aufgestellten „Besonderen Vertragsbedingungen“ gelten.

### § 1 Grundlagen

- (1) Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft und unterliegt den Vorschriften des Investmentgesetzes (InvG).
- (2) Sie legt bei ihr eingelegtes Geld im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger nach dem Grundsatz der Risikomischung in den nach dem InvG zugelassenen Vermögensgegenständen gesondert vom eigenen Vermögen in Form von Sondervermögen an. Über die hieraus sich ergebenden Rechte der Anleger werden von ihr Urkunden (Anteilscheine) ausgestellt.

### § 2 Depotbank

- (1) Die Gesellschaft bestellt ein Kreditinstitut als Depotbank; die Depotbank handelt unabhängig von der Gesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anleger.
- (2) Der Depotbank obliegen die nach dem InvG und diesen Vertragsbedingungen vorgeschriebenen Aufgaben.

### § 3 Fondsverwaltung

- (1) Die Gesellschaft erwirbt und verwaltet die Vermögensgegenstände im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes. Sie handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anleger und der Integrität des Marktes.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, mit dem von den Anlegern eingelegten Geld die Vermögensgegenstände zu erwerben, diese wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen; sie ist ferner ermächtigt, alle sich aus der Verwaltung der Vermögensgegenstände ergebenden sonstigen Rechtshandlungen vorzunehmen.
- (3) Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger weder Gelddarlehen gewähren noch Verpflichtungen aus einem Bürgschafts- oder einem Garantievertrag eingehen; sie darf keine Vermögensgegenstände nach Maßgabe

der §§ 47, 48 und 50 InvG verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht zum Sondervermögen gehören. § 51 InvG bleibt unberührt.

### § 4 Anlagegrundsätze

Die Gesellschaft soll für das Sondervermögen nur solche Vermögensgegenstände erwerben, die Ertrag und/oder Wachstum erwarten lassen. Sie bestimmt in den „Besonderen Vertragsbedingungen“, welche Vermögensgegenstände für das Sondervermögen erworben werden dürfen.

### § 5 Wertpapiere

Sofern die „Besonderen Vertragsbedingungen“ keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 52 InvG Wertpapiere nur erwerben, wenn

- a) sie an einer Börse in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum amtlichen Markt zugelassen oder in einen anderen organisierten Markt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum einbezogen sind,
- b) sie an einer der im Anhang zu den „Besonderen Vertragsbedingungen“ aufgeführten Börsen zum amtlichen Markt zugelassen oder in einen der im Anhang aufgeführten organisierten Märkte einbezogen sind,
- c) ihre Zulassung an einer der genannten Börsen zum amtlichen Markt oder ihre Einbeziehung in einen der genannten organisierten Märkte nach den Ausgabebedingungen zu beantragen ist und die Zulassung oder Einbeziehung innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt,
- d) es Aktien sind, die dem Sondervermögen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln zustehen,
- e) sie in Ausübung von Bezugsrechten erworben wurden.

### § 6 Geldmarktinstrumente

- (1) Sofern die „Besonderen Vertragsbedingungen“ keine weiteren Einschränkungen vorsehen, darf die Gesellschaft vorbehaltlich des § 52 InvG für Rechnung des Sondervermögens Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, sowie verzinsliche Wertpapiere, die zum Zeitpunkt ihres Erwerbs für das Sondervermögen eine restliche Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben oder deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in zwölf Monaten, marktgerecht angepaßt wird (Geldmarkt-



instrumente), erwerben. Geldmarktinstrumente dürfen für das Sondervermögen nur erworben werden, wenn sie begeben werden

- a) vom Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
- b) von einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
- c) von der Europäischen Union oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
- d) von einer Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Europäischen Zentralbank oder der Europäischen Investitionsbank,
- e) von einer internationalen Organisation, der auch die Bundesrepublik Deutschland als Vollmitglied angehört,
- f) von einem Unternehmen, dessen Wertpapiere an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt oder organisierten Markt zugelassen sind,
- g) von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind,
- h) von einem Unternehmen, dessen Eigenkapital mindestens 10 Millionen Euro beträgt und das seinen Jahresabschluß nach den Vorschriften der Vierten Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003, erstellt,
- i) von einem Konzernunternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes, wenn ein anderes Unternehmen desselben Konzerns, das die Anforderungen der Buchstaben f), g) oder h) erfüllt, für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Geldmarktinstrumente die Gewährleistung übernommen hat,
- j) von einem Rechtsträger, dessen Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, wertpapiermäßig unterlegte Verbindlichkeiten im Markt zu platzieren, sofern der Rechtsträger über Kreditlinien eines Kreditinstituts zur Liquiditätssicherung verfügt,

und die Emission oder der Emittent dieser Instrumente Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegen.

- (2) Ferner darf die Gesellschaft für Rechnung eines Sondervermögens auch Geldmarktinstrumente erwerben, für deren Verzinsung und Rückzahlung einer der in Abs. 1 Buchstaben a) bis e) oder g) bezeichneten Aussteller die Gewährleistung übernommen hat.

## § 7 Bankguthaben

Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Bankguthaben halten, die eine Laufzeit von höchstens zwölf Monaten haben. Die auf Sperrkonten zu führenden Guthaben können bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum unterhalten werden; die Guthaben können auch bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Drittstaat, dessen Aufsichtsbestimmungen nach Auffassung der BaFin denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind, gehalten werden. Sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist, können die Bankguthaben auch auf Fremdwährung lauten.

## § 8 Investmentanteile

- (1) Sofern in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderweitiges bestimmt ist, kann die Gesellschaft für Rechnung eines Sondervermögens Anteile an inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen und ausländische EG-Investmentanteile im Sinne des InvG erwerben. Anteile an anderen inländischen Sondervermögen und ausländische Investmentanteile, die keine EG-Investmentanteile sind sowie Anteile an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital können erworben werden, sofern
  - a) diese nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer wirksamen öffentlichen Aufsicht zum Schutz der Anleger unterstellen und ausreichende Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht,
  - b) das Schutzniveau des Anlegers dem Schutzniveau eines Anlegers in einem inländischen richtlinienkonformen Sondervermögen im Sinne des InvG gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung der Vermögensgegenstände, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 85/611/EWG gleichwertig sind,
  - c) die Geschäftstätigkeit Gegenstand von Jahres- und Halbjahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden,
  - d) die Anteile dem Publikum ohne eine Begrenzung der Zahl der Anteile angeboten werden und die Anleger das Recht zur Rückgabe der Anteile haben.
- (2) Anteile an inländischen Sondervermögen und Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital, EG-Investmentanteile und ausländische Investmentanteile darf die Gesellschaft nur erwerben, wenn nach den Vertragsbedingungen oder der Satzung der Kapitalanlagegesellschaft, der Investmentaktiengesellschaft oder der ausländischen Investmentgesellschaft insgesamt höchstens 10 % des Wertes ihres Vermögens in Anteilen an anderen inländischen Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital oder ausländischen Investmentvermögen i.S.v. § 50 InvG angelegt werden dürfen.

## § 9 Derivate

Die Gesellschaft bestimmt in den „Besonderen Vertragsbedingungen“, ob und in welchem Umfang und mit welchem Zweck für Rechnung des Sondervermögens Geschäfte in Derivaten getätigt werden dürfen. Beim Einsatz von Derivaten wird die Gesellschaft die gemäß § 51 Abs. 3 InvG erlassene Rechtsverordnung über Risikomanagement und Risikomessung in Sondervermögen (DerivateV) beachten.



**§ 10 Sonstige Anlageinstrumente**

Die Gesellschaft darf nur bis zu 10 % des Wertes des Sondervermögens insgesamt anlegen in

- a) Wertpapieren, die nicht zum amtlichen Markt an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind,
- b) Geldmarktinstrumenten von Ausstellern, die nicht den Anforderungen des § 48 InvG genügen,
- c) Aktien, welche die Anforderungen des § 47 Abs. 1 Nr. 3 und 4 InvG erfüllen,
- d) Forderungen aus Gelddarlehen, die keine Geldmarktinstrumente i. S. d. § 48 InvG sind, Teilbeträge eines von einem Dritten gewährten Gesamtdarlehens sind und über die ein Schuldschein ausgestellt ist (Schuldscheindarlehen), sofern diese Forderungen nach dem Erwerb für das Sondervermögen mindestens zweimal abgetreten werden können und das Darlehen gewährt wurde
  - dem Bund, einem Sondervermögen des Bundes, einem Land, den Europäischen Gemeinschaften oder einem Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist,
  - einer anderen inländischen Gebietskörperschaft oder einer Regionalregierung oder örtlichen Gebietskörperschaft eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, für die nach Artikel 44 der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. März 2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute die Gewichtung Null bekannt gegeben worden ist,
  - sonstigen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
  - Unternehmen, die Wertpapiere ausgegeben haben, die an einer inländischen oder ausländischen Börse zum amtlichen Markt zugelassen sind, oder
  - anderen Schuldner, sofern eine der in Buchstabe d), erster bis dritter Spiegelstrich genannten Stellen die Gewährleistung für die Verzinsung und Rückzahlung übernommen hat.

**§ 11 Ausstellergrenzen und Anlagegrenzen**

- (1) Bei der Verwaltung hat die Gesellschaft die im InvG und die in den Vertragsbedingungen festgelegten Grenzen und Beschränkungen zu beachten.
- (2) Im Einzelfall dürfen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einschließlich der in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Ausstellers (Schuldners) über den Wertanteil von 5 % hinaus bis zu 10 % des Sondervermögens erworben werden; dabei darf der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Aussteller (Schuldner) 40 % des Sondervermögens nicht übersteigen.
- (3) Die Gesellschaft darf in solche Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die vom Bund, einem Land, den Europäischen Gemeinschaften, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem anderen Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist, ausgegeben oder garantiert worden sind, jeweils bis zu 35 %

des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen sowie Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ausgegeben worden sind, darf die Gesellschaft jeweils bis zu 25 % des Wertes des Sondervermögens anlegen, wenn die Kreditinstitute auf Grund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen und die mit der Ausgabe der Schuldverschreibungen aufgenommenen Mittel nach den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die sich aus ihnen ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und die bei einem Ausfall des Ausstellers vorrangig für die fällig werdenden Rückzahlungen und die Zahlung der Zinsen bestimmt sind.

- (4) Die Grenze in Absatz 3 Satz 1 darf für Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Ausstellers nach Maßgabe von § 60 Absatz 2 Satz 1 InvG überschritten werden, sofern die „Besonderen Vertragsbedingungen“ dies unter Angabe der Aussteller vorsehen. In diesen Fällen müssen die für Rechnung des Sondervermögens gehaltenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen stammen, wobei nicht mehr als 30 % des Sondervermögens in einer Emission gehalten werden dürfen.
- (5) Die Gesellschaft darf nur bis zu 20 % des Wertes des Sondervermögens in Bankguthaben im Sinne des § 49 InvG bei je einem Kreditinstitut anlegen.
- (6) Die Gesellschaft darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat, insgesamt nur bis zu 5 % des Wertes des Sondervermögens anlegen; sie darf in Geldmarktinstrumenten, bei denen dasselbe Unternehmen im Sinne des § 48 Abs. 1 Nr. 8 InvG Aussteller ist oder die Gewährleistung übernommen hat und dessen Eigenkapital weniger als 25 Millionen Euro beträgt, nur bis zu 2 % des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Geldmarktinstrumenten nach Satz 1 dürfen insgesamt nur bis zu 20 % des Wertes des Sondervermögens angelegt werden. In Geldmarktinstrumenten im Sinne des § 52 Abs. 1 Nr. 2 InvG desselben Ausstellers darf die Gesellschaft nur bis zu 2 % des Wertes des Sondervermögens anlegen.
- (7) Die Gesellschaft darf für ein Sondervermögen bei ein und derselben Einrichtung nur bis zu 20 % des Wertes des Sondervermögens in eine Kombination der folgenden Vermögensgegenstände anlegen:
  - von dieser Einrichtung begebene Wertpapiere und Geldmarktinstrumente,
  - Bankguthaben bei dieser Einrichtung,
  - von dieser Einrichtung erworbene Derivate, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen anderen organisierten Markt einbezogen sind.

Die jeweiligen Einzelobergrenzen bleiben unberührt.



- (8) Die in Absatz 3 genannten Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen werden bei der Anwendung der in Absatz 1 genannten Grenzen von 40 % nicht berücksichtigt. Die in den Absätzen 2 und 3 und Absätzen 5 bis 7 genannten Grenzen dürfen abweichend von der Regelung in Absatz 7 nicht kumuliert werden.
- (9) Die Gesellschaft darf in Anteilen an einem einzigen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 8 Abs. 1 nur bis zu 20 % des Wertes des Sondervermögens anlegen. In Anteilen an Investmentvermögen nach Maßgabe des § 8 Absatz 1 Satz 2 darf die Gesellschaft insgesamt nur bis zu 30 % des Wertes des Sondervermögens anlegen. Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens nicht mehr als 25 % der ausgegebenen Anteile eines anderen Sondervermögens oder ausländischen Investmentvermögens erwerben.

## **§ 12 Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen**

- (1) Die Gesellschaft darf alle Vermögensgegenstände dieses Sondervermögens in ein anderes Sondervermögen übertragen oder alle Vermögensgegenstände eines anderen Sondervermögens in dieses Sondervermögen übernehmen, wenn
- a) beide Sondervermögen von der Gesellschaft verwaltet werden,
  - b) die Anlagegrundsätze und -grenzen nach den Vertragsbedingungen für diese Sondervermögen nicht wesentlich voneinander abweichen,
  - c) die an die Gesellschaft und die Depotbank zu zahlenden Vergütungen sowie die Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge nicht wesentlich voneinander abweichen,
  - d) die Übertragung aller Vermögensgegenstände des Sondervermögens zum Geschäftsjahresende des übertragenden Sondervermögens (Übertragungsstichtag) erfolgt, am Übertragungsstichtag die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens berechnet werden, das Umtauschverhältnis festgelegt wird, die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten übernommen werden und der gesamte Übernahmevorgang vom Abschlussprüfer geprüft wird und die BaFin die Übertragung der Vermögensgegenstände, bei der die Interessen der Anleger ausreichend gewahrt sein müssen, genehmigt hat.
- (2) Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernommenen und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Die neuen Anteile des übernehmenden Sondervermögens gelten bei den Anlegern des übertragenden Sondervermögens mit Beginn des dem Übertragungsstichtag folgenden Tages als ausgegeben.
- (3) Absatz 1 Buchstabe c gilt nicht für die Zusammenlegung einzelner Sondervermögen zu einem einzigen Sondervermögen mit unterschiedlichen Anteilklassen. In diesem Fall ist statt des Umtauschverhältnisses nach Abs. 2 Satz 1 der Anteil der Anteilklasse an dem Sondervermögen zu ermitteln.

## **§ 13 Darlehen**

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens einem Wertpapier-Darlehensnehmer gegen ein marktgerechtes Entgelt nach Übertragung ausreichender Sicherheiten ein Wertpapier-Darlehen auf unbestimmte oder bestimmte Zeit insoweit gewähren, als der Kurswert der zu übertragenden Wertpapiere zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens demselben Wertpa-

pier-Darlehensnehmer bereits als Wertpapier-Darlehen übertragenen Wertpapiere 10 % des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigt. Der Kurswert der für eine bestimmte Zeit zu übertragenden Wertpapiere darf zusammen mit dem Kurswert der für Rechnung des Sondervermögens bereits als Wertpapier-Darlehen für eine bestimmte Zeit übertragenen Wertpapiere 15 % des Wertes des Sondervermögens nicht übersteigen.

- (2) Wird die Sicherheit für die übertragenen Wertpapiere vom Wertpapier-Darlehensnehmer in Guthaben erbracht, darf die Gesellschaft von der Möglichkeit Gebrauch machen, diese Guthaben in Geldmarktinstrumente im Sinne des § 48 InvG in der Währung des Guthabens anzulegen. Die Erträge aus Sicherheiten stehen dem Sondervermögen zu.
- (3) Die Gesellschaft kann sich auch eines, von einer Wertpapiersammelbank oder von einem anderen, in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Unternehmen, dessen Unternehmensgegenstand die Abwicklung von grenzüberschreitenden Effektengeschäften für andere ist, organisierten Systems zur Vermittlung und Abwicklung der Wertpapier-Darlehen bedienen, welches von den Anforderungen der §§ 54 und 55 InvG abweicht, wenn durch die Bedingungen dieses Systems die Wahrung der Interessen der Anleger gewährleistet ist.
- (4) Sofern die Gesellschaft Darlehen in bezug auf andere für das Sondervermögen erwerbbarer Vermögensgegenstände gewähren darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

## **§ 14 Pensionsgeschäfte**

- (1) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Sondervermögens Wertpapier-Pensionsgeschäfte im Sinne von § 340b Abs. 2 Handelsgesetzbuch gegen Entgelt mit Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten abschließen.
- (2) Die Pensionsgeschäfte müssen Wertpapiere zum Gegenstand haben, die nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erworben werden dürfen.
- (3) Die Pensionsgeschäfte dürfen höchstens eine Laufzeit von zwölf Monaten haben.
- (4) Sofern die Gesellschaft Pensionsgeschäfte in bezug auf andere, nach den Vertragsbedingungen für das Sondervermögen erwerbbarer Vermögensgegenstände abschließen darf, erfolgt eine Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

## **§ 15 Kreditaufnahme**

Die Gesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10 % des Sondervermögens aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind und die Depotbank der Kreditaufnahme zustimmt. Hierbei sind Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsgeber im Rahmen eines Pensionsgeschäftes erhalten hat, anzurechnen.

## **§ 16 Anteilscheine**

- (1) Die Anteilscheine lauten auf den Inhaber und sind über einen Anteil oder eine Mehrzahl von Anteilen ausgestellt.
- (2) Die Anteile können verschiedene Rechte hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlages, des Rücknahmeabschlages, der Währung des Anteilwertes, der Ver-



waltungsvergütung oder einer Kombination dieser Merkmale (Anteilklassen) haben. Die Einzelheiten sind in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgelegt.

- (3) Die Anteilscheine tragen mindestens die handschriftlichen oder vervielfältigten Unterschriften der Gesellschaft und der Depotbank. Darüber hinaus weisen sie die eigenhändige Unterschrift einer Kontrollperson der Depotbank auf.
- (4) Die Anteile sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilscheines gehen die in ihm verbrieften Rechte über. Der Gesellschaft gegenüber gilt in jedem Falle der Inhaber des Anteilscheines als der Berechtigte.
- (5) Sofern die Rechte der Anleger bei der Errichtung des Sondervermögens oder die Rechte der Anleger einer Anteilklasse bei Einführung der Anteilklasse nicht in einer Globalurkunde, sondern in einzelnen Anteilscheinen oder in Mehrfachurkunden verbrieft werden sollen, erfolgt die Festlegung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“.

#### **§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilscheinen, Rücknahmeaussetzung**

- (1) Die Anzahl der ausgegebenen Anteile und entsprechenden Anteilscheine ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Gesellschaft behält sich vor, die Ausgabe von Anteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen.
- (2) Die Anteile können bei der Gesellschaft, der Depotbank oder durch Vermittlung Dritter erworben werden.
- (3) Die Anleger können von der Gesellschaft die Rücknahme der Anteile verlangen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Anteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Sondervermögens zurückzunehmen. Rücknahmestelle ist die Depotbank.
- (4) Der Gesellschaft bleibt jedoch vorbehalten, die Rücknahme der Anteile auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.

#### **§ 18 Ausgabe- und Rücknahmepreis**

- (1) Zur Errechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile wird der Wert der zu dem Sondervermögen gehörenden Vermögensgegenstände (Inventarwert) zu den in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ genannten Zeitpunkten ermittelt und durch die Zahl der umlaufenden Anteile geteilt (Anteilwert). Werden gemäß § 16 Absatz 2 unterschiedliche Anteilklassen für das Sondervermögen eingeführt, ist der Anteilwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis für jede Anteilklasse gesondert zu ermitteln. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt gemäß den Grundsätzen für die Kurs- und Preisfeststellung, die im InvG und den auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen genannt sind.
- (2) Der Ausgabepreis entspricht dem Anteilwert zuzüglich eines in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ gegebenenfalls festgesetzten Ausgabeaufschlags. Der Rücknahmepreis entspricht dem Anteilwert abzüglich eines gegebenenfalls in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ festgesetzten Rücknahmeabschlags. Sofern vom Anleger außer dem Ausgabeaufschlag oder Rücknahmeabschlag sonstige Kosten zu entrichten sind, ist deren Höhe und Berechnung in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ anzugeben.

- (3) Der Abrechnungssstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge ist spätestens der auf den Eingang des Anteilsabrufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag, soweit in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ nichts anderes bestimmt ist.

#### **§ 19 Kosten**

In den „Besonderen Vertragsbedingungen“ werden die Aufwendungen und die der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die dem Sondervermögen belastet werden können, genannt. Für Vergütungen im Sinne von Satz 1 ist in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ darüber hinaus anzugeben, nach welcher Methode, in welcher Höhe und auf Grund welcher Berechnung sie zu leisten sind.

#### **§ 20 Rechnungslegung**

- (1) Spätestens drei Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres des Sondervermögens macht die Gesellschaft einen Jahresbericht einschließlich Ertrags- und Aufwandsrechnung gemäß § 44 Abs. 1 InvG bekannt.
- (2) Spätestens zwei Monate nach der Mitte des Geschäftsjahres macht die Gesellschaft einen Halbjahresbericht gemäß § 44 Abs. 2 InvG bekannt.
- (3) Wird das Recht zur Verwaltung des Sondervermögens während des Geschäftsjahres auf eine andere Kapitalanlagegesellschaft übertragen, so hat die Gesellschaft auf den Übertragungssstichtag einen Zwischenbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht gemäß § 44 Abs. 1 InvG entspricht.
- (4) Die Berichte sind bei der Gesellschaft und der Depotbank und weiteren Stellen, die im Verkaufsprospekt anzugeben sind, erhältlich; sie werden ferner im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht.

#### **§ 21 Kündigung und Abwicklung des Sondervermögens**

- (1) Die Gesellschaft kann die Verwaltung des Sondervermögens mit einer Frist von mindestens dreizehn Monaten durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus im Jahresbericht oder Halbjahresbericht kündigen.
- (2) Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Gesellschaft, das Sondervermögen zu verwalten. In diesem Falle geht das Sondervermögen bzw. das Verfügungsrecht über das Sondervermögen auf die Depotbank über, die es abzuwickeln und an die Anleger zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die der Gesellschaft zustehende Vergütung beanspruchen. Mit Genehmigung der BaFin kann die Depotbank von der Abwicklung und Verteilung absehen und einer anderen Kapitalanlagegesellschaft die Verwaltung des Sondervermögens nach Maßgabe der bisherigen Vertragsbedingungen übertragen.
- (3) Die Gesellschaft hat auf den Tag, an dem ihr Verwaltungsrecht nach Maßgabe des § 38 InvG erlischt, einen Auflösungsbericht zu erstellen, der den Anforderungen an einen Jahresbericht nach § 44 Abs. 1 InvG entspricht.



## § 22 Änderungen der Vertragsbedingungen

- (1) Die Gesellschaft kann die Vertragsbedingungen ändern.
- (2) Änderungen der Vertragsbedingungen, mit Ausnahme der Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen, die zu Lasten des Sondervermögens gehen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG), bedürfen der Genehmigung durch die BaFin. Soweit die Änderungen nach Satz 1 Anlagegrundsätze des Sondervermögens betreffen, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der Gesellschaft.
- (3) Sämtliche vorgesehenen Änderungen werden im elektronischen Bundesanzeiger und darüber hinaus in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung oder in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht und treten – mit Ausnahme der Änderungen nach Absätzen 4 und 5 – frühestens drei Monate nach ihrer Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger in Kraft, soweit nicht mit Zustimmung der BaFin ein früherer Termin genannt wird. In einer Veröffentlichung nach Satz 1 ist auf die vorgesehenen Änderungen und ihr Inkrafttreten hinzuweisen.
- (4) Änderungen von Regelungen zu den Aufwendungen und den der Gesellschaft, der Depotbank und Dritten zustehenden Vergütungen (§ 41 Abs. 1 Satz 1 InvG) treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.
- (5) Änderungen der bisherigen Anlagegrundsätze des Sondervermögens treten 13 Monate nach Bekanntmachung in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt gemäß Absatz 3 Satz 2.

## § 23 Erfüllungsort, Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort ist der Sitz der Gesellschaft.
- (2) Hat der Anleger im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist der Sitz der Gesellschaft Gerichtsstand.



## BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

28

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft aufgelegte *richtlinienkonforme Sondervermögen OP Select Global*, die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sondervermögen von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gelten.

### § 24 Depotbank

Depotbank für das Sondervermögen ist das Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien mit Sitz in Köln/Frankfurt am Main.

### Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

#### § 25 Anlagegrundsätze

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen erwerben:

1. Wertpapiere gemäß § 47 InvG,
  - Aktien,
  - verzinsliche Wertpapiere,
  - Wandelschuldverschreibungen,
  - Optionsanleihen,
  - Genußscheine,
  - Partizipationsscheine,
  - Indexzertifikate,
  - sonstige verbrieftete Schuldtitel sowie andere marktfähige Wertpapiere, soweit es sich nicht um Geldmarktinstrumente oder Derivate handelt,
2. Investmentanteile gemäß § 50 InvG,
3. Derivate gemäß § 51 InvG,
4. Geldmarktinstrumente gemäß § 48 InvG,
5. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 52 InvG

in- und ausländischer Aussteller.

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen daneben ferner

6. Bankguthaben gemäß § 49 InvG

halten.

#### § 26 Anlagegrenzen

- (1) Anlageschwerpunkt

Das Sondervermögen soll zu mindestens 51 % aus Aktien und Partizipationsscheinen sowie Aktienderivaten

sowie Optionsscheinen und Genußscheinen mit Aktiencharakter bestehen.

Auf diesen Schwerpunkt sind auch solche Investmentfondsanteile anzurechnen, die nach ihren Vertragsbedingungen oder ausweislich des Jahres- oder Halbjahresberichtes überwiegend in Aktien angelegt sind.

- (2) Schuldverschreibungen öffentlicher Aussteller

Die Gesellschaft darf in Schuldverschreibungen folgender Aussteller:

Bundesrepublik Deutschland  
Europäische Gemeinschaft  
Frankreich  
Großbritannien  
Japan  
Vereinigte Staaten von Amerika

mehr als 35 % des Wertes des Sondervermögens anlegen.

- (3) Investmentanteile

Bis zu 100 % des Wertes des Sondervermögens dürfen Investmentanteile, die sich auf die in § 25 Nr. 1 aufgezählten Vermögensgegenstände beziehen, erworben werden. Diese müssen ausweislich des Verkaufsprospektes oder des Halbjahres- oder Jahresberichtes in einem bestimmten wirtschaftlichen oder geographischen Bereich spezialisiert sein. Hierzu zählen auch Index- oder indexorientierte Sondervermögen.

- (4) Derivate

1. Die Gesellschaft kann im Rahmen der Verwaltung des Sondervermögens Derivate einsetzen. Sie darf – der Art und dem Umfang der eingesetzten Derivate entsprechend – zur Ermittlung der Auslastung der nach § 51 Abs. 2 InvG festgesetzten Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten entweder den einfachen oder den qualifizierten Ansatz im Sinne der DerivateV nutzen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.

2. Sofern die Gesellschaft den einfachen Ansatz nutzt, darf sie ausschließlich die folgenden Grundformen von Derivaten oder Kombinationen aus diesen Derivaten oder Kombinationen aus Vermögensgegenständen, die gemäß § 25 Nr. 1, 2, 4 und 5 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, mit diesen Derivaten im Sondervermögen einsetzen. Hierbei darf der nach Maßgabe von § 16 Deri-



vateV zu ermittelnde Anrechnungsbetrag des Sondervermögens für das Zins- und Aktienkursrisiko oder das Währungsrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des Wertes des Sondervermögens übersteigen.

- a) Terminkontrakte auf Vermögensgegenstände gemäß § 25 Nr. 1, 4 und 5, anerkannte Finanzindices, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen;
  - b) Optionen oder Optionsscheine auf Vermögensgegenstände gemäß § 25 Nr. 1, 4 und 5, anerkannte Finanzindices, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen und auf Terminkontrakte nach Buchstabe a), wenn sie die folgenden Eigenschaften aufweisen:
    - aa) eine Ausübung ist entweder während der gesamten Laufzeit oder zum Ende der Laufzeit möglich und
    - bb) der Optionswert hängt zum Ausübungszeitpunkt linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen Basispreis und Marktpreis des Basiswertes ab und wird null, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
  - c) Zinsswaps, Währungsswaps oder Zins-Währungsswaps;
  - d) Optionen auf Swaps nach Buchstabe c), sofern sie die in Buchstabe b) unter Buchstaben aa) und bb) beschriebenen Eigenschaften aufweisen (Swaptions);
  - e) Credit Default Swaps auf Vermögensgegenstände gemäß § 25 Nr. 1, 2, 4 und 5, sofern sie ausschließlich und nachvollziehbar der Absicherung des Kreditrisikos von genau zuordenbaren Vermögensgegenständen des Sondervermögens dienen;
  - f) Terminkontrakte, Optionen oder Optionsscheine auf Investmentanteile gemäß § 50 InvG und Schuldscheindarlehen gemäß § 52 Nr. 4 InvG sowie Credit Default Swaps auf Schuldscheindarlehen gemäß § 52 Nr. 4 InvG dürfen nicht abgeschlossen werden.
3. Sofern die Gesellschaft den qualifizierten Ansatz nutzt, darf sie – vorbehaltlich eines geeigneten Risikomanagementsystems – in jegliche Derivate, mit Ausnahme von Derivaten auf Schuldscheindarlehen gemäß § 52 Nr. 4 InvG, investieren, die von Vermögensgegenständen, die gemäß § 25 Nr. 1 bis 5 für das Sondervermögen erworben werden dürfen, oder von anerkannten Finanzindices, Zinssätzen, Wechselkursen oder Währungen abgeleitet sind. Hierzu zählen insbesondere Optionen, Finanzterminkontrakte und Swaps sowie Kombinationen hieraus. Hierbei darf der dem Sondervermögen zuzuordnende potentielle Risikobetrag für das Marktrisiko zu keinem Zeitpunkt das Zweifache des potentiellen Risikobetrags für das Marktrisiko des zugehörigen Vergleichsvermögens gemäß § 9 der DerivateV übersteigen.
  4. Unter keinen Umständen darf die Gesellschaft bei diesen Geschäften von den in den „Allgemeinen und Besonderen Vertragsbedingungen“ oder in dem Verkaufsprospekt genannten Anlagegrundsätze und -grenzen abweichen.
  5. Die Gesellschaft wird Derivate zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung und der Erzielung von Zusatzerträgen einsetzen, wenn und soweit sie dies im Interesse der Anleger für geboten hält.
  6. Bei der Ermittlung der Marktrisikogrenze für den Einsatz von Derivaten darf die Gesellschaft jederzeit vom einfachen zum qualifizierten Ansatz gemäß § 8 der DerivateV wechseln. Der Wechsel zum qualifizierten Ansatz bedarf nicht der Genehmigung durch die Bundesanstalt, die Gesellschaft hat den Wechsel jedoch unverzüglich der Bundesanstalt anzuzeigen und im nächstfolgenden Halbjahres- oder Jahresbericht bekannt zu machen.

- (5) Wertpapierdarlehens- und –pensionsgeschäfte  
Die §§ 13 und 14 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ sind bei den Anlagegrundsätzen und Anlagegrenzen zu berücksichtigen und gelten für die in § 25 Nr. 2 und 4 genannten Wertpapiere sinngemäß.  
Die in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 60 Abs. 1 und 2 InvG anzurechnen.  
Die in Pension genommenen Investmentanteile sind auf die Anlagegrenzen der §§ 61 und 64 Abs. 3 InvG anzurechnen. Beträge, die die Gesellschaft als Pensionsnehmer gezahlt hat, sind auf die Grenze in Abs. 6 anzurechnen.
- (6) Bankguthaben  
Bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens dürfen für Rechnung des Sondervermögens in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gehalten werden.
- (7) Geldmarktinstrumente  
Geldmarktinstrumente nach § 48 InvG dürfen bis zu 49 % des Wertes des Sondervermögens erworben werden.

29

## Anlageausschuß

### § 27 Anlageausschuß

Die Gesellschaft bedient sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses.

## Anteilklassen

### § 28 Anteilklassen

Alle Anteile haben gleiche Rechte; verschiedene Anteilklassen gemäß § 16 Absatz 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ werden nicht gebildet.

## Anteilscheine, Ausgabepreis, Rücknahmepreis, Rücknahme von Anteilen und Kosten

### § 29 Anteilscheine

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

### § 30 Ausgabe- und Rücknahmepreis

- (1) Die Ausgabe- und Rücknahmepreise werden börsentäglich ermittelt. An gesetzlichen Feiertagen, die Börsentage sind, sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres können die Gesellschaft und die Depotbank von einer Ermittlung des Wertes absehen; das Nähere regelt der Verkaufsprospekt.
- (2) Der Ausgabeaufschlag beträgt 5,0 %<sup>1)</sup> des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.
- (3) Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben. Die Rücknahme erfolgt zum Anteilwert.

1) z Zt. 5,0 %



**§ 31 Kosten der Verwaltung / Sonstige Kosten<sup>2)</sup>**

- (1) Für die Verwaltung des Sondervermögens erhält die Gesellschaft täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 2,0 %<sup>3)</sup> des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.

Außerdem erhält die Gesellschaft bei Zinsswaps eine Provision von bis zu 0,05 %<sup>4)</sup> des Nominalvolumens sowie 20 % der durch Wertpapier-Darlehensgeschäfte für das Sondervermögen erwirtschafteten Erträge.

- (2) Die Depotbank erhält täglich eine Vergütung von 1/365 von bis zu 0,20 %<sup>5)</sup> des am vorangegangenen Börsentag festgestellten Wertes des Sondervermögens.

- (3) Neben den der Gesellschaft, der Depotbank und ggf. Dritten zustehenden Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:

1. Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehende Kosten;
2. bankübliche Depotgebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Wertpapiere im Ausland;
3. Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten Jahres- und Halbjahresberichte und ggf. des Auflösungsberichtes;
4. Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;
5. Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer der Gesellschaft;
6. Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
7. im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehende Steuern;
8. Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Sondervermögens.

- (4) Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 50 InvG berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investment-Aktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

**Ertragsverwendung und Geschäftsjahr****§ 32 Ausschüttung**

- (1) Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträge aus Investmentanteilen sowie Entgelte aus Darlehens- und Pensionsgeschäften – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.

- (2) Ausschüttbare Erträge gemäß Abs. 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.

- (3) Im Interesse der Substanzerhaltung können Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sondervermögen bestimmt werden.

- (4) Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von drei Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres.

- (5) Zwischenausschüttungen sind zulässig. Über geplante Zwischenausschüttungen wird im Halbjahres- oder Jahresbericht informiert.

**§ 33 Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

2) Diese Regelung unterliegt nicht der Genehmigungspflicht der Bankaufsichtsbehörde.

3) z Zt. 1,50 %

4) z Zt. 0,05 %

5) z Zt. 0,10 %



## Anhang zu den Besonderen Vertragsbedingungen des richtlinienkonformen Sondervermögens

### OP Select Global

#### Liste der Börsen mit amtlichem Handel und der anderen organisierten Märkte.

##### (A) Börsen gemäß § 47 Absatz 1 Ziffer 3 und Ziffer 4 InvG:

Für das Sondervermögen dürfen Wertpapiere, die an folgenden Börsen zum amtlichen Handel zugelassen sind oder deren Zulassung zum amtlichen Handel zu beantragen ist und innerhalb eines Jahres nach Ausgabe erfolgt, erworben werden:

##### 1. Börsen in europäischen Ländern außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum:

Land	Börsenplatz
Schweiz	Elektronische Börse Schweiz

##### 2. Börsen in außereuropäischen Ländern

Land	Börsenplatz
Argentinien	Buenos Aires
Australien	Australian Stock Exchange (ASX-Sydney, Melbourne, Perth, Hobart)
Brasilien	Sao Paulo, Rio de Janeiro
Chile	Santiago
China	Hongkong Stock Exchange
Indien	Mumbai, Calcutta, Delhi, Madras
Indonesien	Jakarta Stock Exchange
Japan	Tokyo, Osaka, Nagoya, Fukuoka, Sapporo
Kanada	Toronto
Korea	Seoul
Malaysia	Kuala Lumpur
Mexiko	Mexico City
Neuseeland	Wellington
Peru	Lima
Philippinen	Manila
Singapur	Singapur Stock Exchange
Südafrika	Johannesburg
Taiwan	Taipeh
Thailand	Bangkok
USA	American Stock Exchange (AMEX), New York Stock Exchange (NYSE), Pacific Stock Exchange, Philadelphia, Chicago, Boston, Cincinnati

##### (B) Organisierte Märkte gemäß § 47 Absatz 1 Ziffer 3 und Ziffer 4 InvG:

Für das Sondervermögen dürfen Wertpapiere, die in folgende organisierte Märkte einbezogen sind oder deren Einbeziehung in einen organisierten Markt zu beantragen ist und innerhalb eines Jahres nach Ausgabe erfolgt, erworben werden:

##### Organisierte Märkte in Ländern außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und außerhalb der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum:

Land	Markt
Japan	Over-the-Counter (OTC) Market
Kanada	Over-the-Counter (OTC) Market
Korea	Over-the-Counter (OTC) Market
Schweiz	Börse Bern
USA	NASDAQ-System Over-the-Counter Market (von der NASD organisierte Märkte wie Over-the-Counter Equity Market, Municipal Bond Market, Government Securities Market, Corporate Bonds and Public Direct Participation Programs)

Over-the-Counter Market der Mitglieder der International Securities Market Association (ISMA), Zürich



## FIRMENSPIEGEL

**Fondsverwaltung**

32

Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH  
 Unter Sachsenhausen 2, 50667 Köln,  
 Postfach 10 27 44, 50467 Köln  
 Telefon (02 21) 1 45-03  
 Telefax (02 21) 1 45-19 18  
 Telex 8 882 547  
 gezeichnetes und eingezahltes Kapital: EURO 6,9 Mio.  
 haftendes Eigenkapital: EURO 7,0 Mio.  
 (Stand 31.12.2003)  
 gegründet: 1971

**Gesellschafter**

Sal. Oppenheim jr. & Cie.  
 Kommanditgesellschaft auf Aktien, Köln

**Aufsichtsrat**

Detlef Bierbaum  
 Vorsitzender  
 Teilhaber des Bankhauses Oppenheim, Köln  
 Christopher Freiherr von Oppenheim  
 Stellvertretender Vorsitzender  
 Teilhaber des Bankhauses Oppenheim, Köln  
 Prof. Dr. Hans-Egon Büschgen, Köln (bis 01.03.2004)  
 Prof. Dr. Gerhard Fels  
 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts  
 der deutschen Wirtschaft e.V., Köln  
 Prof. Dr. Thomas Hartmann-Wendels (seit 02.03.2004)  
 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bankwirtschaft  
 und Bankrecht an der Universität zu Köln  
 Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln  
 Dr. Christoph Hott  
 Geschäftsführender Direktor des  
 Bankhauses Oppenheim, Köln

**Geschäftsführung**

Dr. Bernd Borgmeier, Sprecher  
 Dr. Rupert Hengster, Sprecher (seit 01.04.2004)  
 Dr. Thomas Ebertz  
 Christof J. Kessler  
 Ferdinand-Alexander Leisten (seit 01.01.2005)  
 Wilhelm Thommes (bis 31.12.2004)  
 Jürgen W. Urbahn  
 Stephan Graf Walderdorff (seit 01.01.2005)

**Depotbank**

Sal. Oppenheim jr. & Cie.  
 Kommanditgesellschaft auf Aktien  
 Unter Sachsenhausen 4, 50667 Köln  
 gezeichnetes und eingezahltes Kapital: EURO 200 Mio.  
 haftendes Eigenkapital: EURO 1.141 Mio.  
 (Stand 30.03.2004)

**Marketing und Service**

Oppenheim Pramerica Fonds Trust GmbH  
 Unter Sachsenhausen 4, 50667 Köln  
 Service-Telefon (0 18 02) 145 145  
 Telefax (02 21) 1 45-29 00

**Wirtschaftsprüfer**

KPMG  
 Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
 Aktiengesellschaft  
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
 Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf